

National-Zeitung.

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,
für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (S), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

Inserate. — Die Preiskarte:
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Colonne
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame
3-gespalten 1 M 50 P. — Colonne 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 25. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische: v. Wittkauer u. A.
Das Haus tritt in die erste Beratung des Gesetzesentwurfs,
betreffend die Theilung der Kreise in den Provinzen
Posen und Westpreußen.

Abg. v. Gzarlinski macht der Vorlage den prinzipiellen Vor-
wurf, daß in ihr der kriegerische Geist, welcher ein Signum tem-
poris zu sein scheint, wiederum zum Ausdruck komme, sie ähnele
daher gegen die Polen, obwohl dieselben nichts gegen die Landes-
gesetze begangen hätten. Daß man jetzt nach hundertjährigem Besitz
der polnischen Landestheile mit so einem Gesetz vorgehe, gebe der
preussischen Regierung kein gutes Zeugnis. Die Polen hätten an
ihren Traditionen fest, das hätten sie erst wieder durch die eben
erklärten Wahlen bewiesen, und sie hätten deshalb und bei ihrem
streng gescheiterten Verhalten ein Recht, daß auf sie Rücksicht ge-
nommen werde. Er gebe sich bezüglich dieser seiner Wünsche durch-
aus keinen Illusionen hin, die Vorlage werde Gesetz werden, das
wisse er; es könne ihn dieser Umstand aber nicht abhalten, den
gerechtfertigten Wunsch Ausdruck zu geben.

Abg. Gogens (nallib.): Wir nationalen Parteien erkennen
in den früheren polnischen Gebietsheilen Posens und Westpreußens
keineswegs mehr polnische Gebiete, sondern preussische, von Deutschen
bewohnte Provinzen. Von diesem Grundsatz muß man ausgehen,
und deshalb liegt kein Grund vor, in der geforderten aus-
schießlichen Weise auf die nationalpolnischen Wünsche Rücksicht zu
nehmen. Im Namen meiner politischen Freunde kann ich deshalb
erklären, daß wir die Vorlage im Ganzen und Großen für eine
berechtigte halten, daß aber selbstverständlich eine genaue Er-
wägung der Einzelheiten nicht stattfinden müssen. Die Kreis-
verwaltung bedarf vor allen Dingen eines kräftigen und nicht über-
lasteten Landraths als Haupt, deshalb hat das Haus in
allen früheren Fällen Vorschläge auf Kreisverkleinerungen
sachlich und unparteiisch beurteilt. Ich betone dies, um
dem vorzubeugen, daß man den etwas weit ausholenden
Motiven nicht entgegenhalten kann, daß mit einer allgemeinen Ver-
kleinerung oder Theilung der Kreise vorgegangen werden solle. Die
Kreise Westpreußens und Posens sind gegenüber der Durchschnitts-
größe von 74 Hektar oder 13 Quadratmeilen mit 16 000 Ein-
wohnern viel zu groß, um, abgesehen von der Verschiedenheit der
Nationalitäten, eine gescheiterte Verwaltung zu ermöglichen, denn
sie erreichen in Westpreußen eine Ausdehnung von 23 und in Polen
von 19 Quadratmeilen und bieten damit Hindernisse, welche der
tüchtigste Landrath nur schwer überwinden wird. (Widerpruch
links.) In Westpreußen soll deshalb die Zahl der Kreise von 21
auf 26 und in der Provinz Posen von 27 auf 40 vermehrt werden.
Auf Einzelheiten einzugehen vermag ich um so mehr, da eine
kommissarische Verwaltung unbedingt wird vorher gehen müssen.
Deshalb empfehle ich auch die Verwerfung der Vorlage an eine be-
sondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Richter (dr.): Die Vorlage bedarf einer streng sach-
lichen Prüfung im Einzelnen. Vom Standpunkt der admini-
strativen Zweckmäßigkeit aus halte ich die Vorlage in einigen Theilen
für sehr berücksichtigungswürdig, in anderen allerdings weniger. Mit
der Methode der Entzweiung dieses Entwurfs bin ich aber
gar nicht einverstanden. Die Vorlage ist doch eine
vorwiegend technische. Warum hat man also die Kreistage und
Provinziallandtage nicht getrennt? Es ist doch von Inter-
esse, die Mittel der landräthlichen Kreisverwaltungen über ein
Gesetz zu hören, das die gemeinsamen Steuerverhältnisse in
den betreffenden Provinzen auf's Beste verändert. Diese
Neugliederung der Regierung, die Interessenten zu hören, finde ich
nicht gerechtfertigt. Möge daher die Kommission das Versäumte
nachholen und das Tempo ihrer Beratungen nicht allzu sehr
beschleunigen. In den Motiven wird besonders das allgemeine
staatliche Interesse betont. Auch wird dort behauptet, daß
die Landräthe in den betreffenden Provinzen ihrer Aufgabe
nicht mehr gewachsen seien. Daher sei eine Kreistheilung nötig.
Nun, warum nicht dann schon Landräthe monatlang als Ab-
geordnete im Landtag und Reichstag? (Unruhe rechts.) Ferner
verweise ich eine Uebersicht der Kosten dieser Vorlage. Dieselben
müßten doch wenigstens annähernd zu berechnen sein. Nach meiner
Rechnung würde der Etat des Ministeriums des Innern mit
300 000 M. durch diese Maßregel belastet werden. Wissen Sie
dennach die Vorlage im Einzelnen genau und nehmen Sie davon
an, was Ihnen gut daran erscheint.

Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. v. Witter: Ueber die
Kosten werden in der Kommission die erforderlichen Mittheilungen
gemacht werden. Die Annahme des Vorredners war etwas zu hoch
gegriffen. Wenn der Vorredner mit den Vorwurf machte, daß die
Kreistage und Provinziallandtage nicht getrennt seien, so kann ich
umsohin konstatieren, daß die Interessenten, soweit es irgend möglich
gewesen ist, über diese Projekte gehört worden sind. Wenn wir
aber davon Abstand nahmen, diese Projekte den Kreis- und Pro-
vinziallandtagen zur Prüfung zu unterbreiten, so geschah dies mit
Rücksicht auf die Zusammenkunft dieser Körperschaften in den
betreffenden Provinzen. Eine sachliche Förderung dieser im Wesent-
lichen doch politischen Vorlage war zumal in den aus Polen be-
stehenden Kreistagen nicht zu erwarten. Im Uebrigen aber haben
wir alles gethan, um den Wünschen der Interessenten gerecht
zu werden.

Abg. Seer (nl.): Die Theilung der oft weit ausgedehnten
Kreise im Osten ist durchaus notwendig, zumal, da die Kommu-
nitionen hier sehr mangelhaft sind. Wir sind Gade bekannt, wo
die Leute sagen, wir können die Reife zum Kreistage nicht in einem
Tage machen, 12 Meilen hin und zurück sind zu weit. Die durch
die Theilung der Kreise geschaffene Gleichzeitigkeit wird den Polen
ebenso wie den Deutschen zu gute kommen. Ueber die Spezial-
fragen wird ja die Kommission sich entscheiden. Im Prinzip aber
bin ich mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. Graf Eulenburg-Stierum (l.): Zunächst müssen wir bei
dieser Vorlage prüfen, ob das vorgeschlagene Mittel dem Zweck,
den es verfolgt, auch genügt. Da muß ich konstatieren, daß in
meiner Partei doch einige wesentliche Bedenken hervorgetreten sind.
Zuerst ist der Umstand zu berücksichtigen, daß zwischen Westpreußen
und Polen eine große Verschiedenheit obwaltet. Sollte es in
Polen nicht möglich sein, auch ohne Kreistheilung die Land-
räthe zu entlasten mit Hilfe der Distriktskommissare, für
die wir ja eine erhebliche Zulage bewilligt haben? Es ist auch die Frage, ob alle die neuen Kreise hinsichtlich ihrer
Verwaltung lebensfähig sein werden. Sodann könnte man ja den
Landräthen in der Provinz Posen einen zweiten Kreissekretär be-
geben, ebenso könnte man ihnen etwas mehr Fußfesseln bewilligen.
Alles in allem würde das eine Summe von etwa 160 000 Mark
jährlich erfordern, eine Summe, die im Interesse des Schutzes des
Deutschthums doch nicht zu hoch erscheint. Es bedarf also dieser
Vorlage auch nach meiner Meinung einer ersten Prüfung. Was
mir besonders an derselben gefällt, ist, daß künftig auch in der
Provinz Posen die Landräthe nicht schlechter zu sein brauchen.
Diese Maßregel hat sich in anderen Provinzen durchaus bewährt.

Abg. Graf Hue de Grais: Die Vorlage scheint mir eine
weitergehende Bedeutung zu haben, sie ist der Beginn eines neuen
Prinzipes der Theilung der Verwaltungskreise in kleinere Bezirke.
Diese Theilung wird in dieser Vorlage in ein bestimmtes System
gebracht, und wenn dieselbe zunächst hier als eine politische dar-
gestellt wird, so ist das nur der Schein, der uns über die finanziellen
Bedenken hinwegföhrt. Als die Provinzen nach Hannover kamen,
waren sie übermäßig, die Verwaltung dort viel einfacher zu finden,
als in Preußen. Der Hauptgrund dieser Thatsache besteht in der

kleineren Begrenzung der dortigen Verwaltungsbezirke und darin,
daß in Folge der vergrößerten Zahl derselben vielfach bezahlte Ver-
waltungsorgane zur Verwendung gelangen. Die Nothwen-
digkeit der Ausführung der Vorlage folgt aber ferner
aus den Aufgaben des Landraths. Der Landrath ist
das unterste Organ der staatlichen Verwaltung und muß deshalb
in der Lage sein, mit der Beförderung eine enge Fühlung zu haben.
Das wird ihm aber vielfach schon durch die räumliche Ausdehnung
seiner Kreise unmöglich gemacht. Dazu kommt die nothwendig
damit verbundene Ueberbürdung mit schriftlichen Arbeiten. Ich
hoffe, daß die Vorlage in der Kommission auf keinen erheblichen
Widerpruch stoßen wird.

Abg. Graf Kautz kann aus der Vorlage nicht das Prinzip
erkennen, mit dem Grundsatze der großen Kreise zu brechen. Er
würde darin auch kein Heil erblicken, denn in den kleinen Kreisen
würde es an geeigneten Verwaltungskräften mangeln.

Abg. v. Schorlemer-Misk: Graf Hue de Grais hat
und die Ansicht eröffnet, daß auch in anderen Provinzen eine weitere
Theilung der Kreise Platz greifen sollte. Das ist eine angenehme
Aussicht nämlich mit Rücksicht auf das Bezahlen und deshalb
möchte ich doch gegen eine weitere Vermehrung der einzelnen
Kreise protestieren, die nur den Zweck haben könnten,
den Verwaltungsbeamten zu einem besseren Advancement zu verhelfen.
Bei der Betrachtung der westfälischen Kreisordnung ist gerade Graf
Hue de Grais dafür eingetreten, daß das bureaukratische Element
gewahrt bleibe. Ein Landrath, der in seinem Kreise eingesehnen ist
und in ihm auf Lebenszeit bleibt, der es versteht, sich das Ver-
trauen aller Kreiseingesehnen zu erwerben und zu erhalten, der
auch gelegentlich ein freies Wort gegenüber der Regierung zu
äußern wagt — das ist für mich das Ideal eines Landraths.
(Beifall im Centrum und links.) Aber diese Klasse von Land-
räthen verschwindet leider immer mehr und macht dem Streber-
thum junger Beamten Platz (lebhafter Beifall im Centrum und
links), und das ist es, was mich für die Zukunft unserer Selbst-
verwaltung und unseres Landes mit Besorgniß erfüllt. (Beifall.)

Minister des Innern v. Wittkauer: Ich hätte nicht das
Wort genommen, will aber nicht das Mißverständnis auskommen
lassen, als ob ich den Ausführungen des Abg. v. Schorlemer nichts
hinzufügen hätte. Ich bin natürlich nicht bezweifelnd, die Gründe
des Abg. Grafen Hue de Grais zu vertheidigen. Nur eins will ich
entschieden betonen und der Abg. v. Schorlemer wird mir
dies auch zugeben, daß diese Vorlage, wenn sie die Tendenz ver-
folgt, eine Anzahl von Kreisen, die für eine praktische Verwaltung
zu groß sind, zu verkleinern, doch nicht im prinzipiellen Gegensatze
steht zu der Auffassung, welche der Abg. v. Schorlemer über das
Amt des Landraths entwickelt hat. Ich bin prinzipiell mit der Stel-
lung des Landraths, die ihm der Abg. v. Schorlemer angewiesen
hat, einverstanden, daß derselbe einmündig, bestrebt aber, die
thatsächliche Entwicklung dieser Grundfragen in irgend einer Weise
entgegen zu wirken. (Belächler links.) Das beruht auf einem voll-
ständigen Irrthum, und die Herren, welche diese Behauptung mit
Stärkerheit belegen, beweisen, daß sie von den thatsäch-
lichen Verhältnissen absolut keine Kenntnis haben. (Unruhe
links.) Es wird genau nach dem Maßstab verfahren,
welchen Herr v. Schorlemer für richtig erklärt, und ich erwarte den
Gegensatz; er wird nicht geführt werden können. Wenn man
diesen Grundsatze in Verbindung bringt mit der Vorlage, so muß
ich sagen, daß eine angemessene, auf ein vernünftiges Maß be-
schränkte Verkleinerung der Kreise, die Möglichkeit, daß ange-
sehene Grundbesitzer des Kreises sich dem immer schwieriger
werdenden Landrathsamt unterziehen, nicht verringert, son-
dern vergrößert wird. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Gesicht-
punkt liegt so auf der Hand, daß ich nicht begreife, wie man mit
diesem Gegenstand gegen die Vorlage operiren kann. Wenn Sie
bedenken, wie durch die neue Entwerfung der Gesetzgebung, wie
durch das Kommunikationswesen, die Verwaltungsgerechtigkeit
u. s. w. von dem Landrath immer höherer Anforderungen geordert werden,
so ist die überproportionale Ausdehnung der Kreise gerade ein Hindernis-
grund, daß grundbesitzende, angesehene Personen des Kreises das
Landrathsamt übernehmen. Im Ubrigen bin ich sehr erbitigt, in
der Kommission auf alle grundsätzlichen und praktischen Ein-
wendungen einzugehen. Die Vorlage ist über das, was
erreichbar werden muß, nicht hinausgegangen und auch
die Bedenken des Abg. Richter werden durch eine ein-
gehende Betrachtung in der Kommission ihre Erlebigung
finden. Eine finanzielle Mehrausgabe ist natürlich nicht zu ver-
meiden; es wird für die Verwaltung des Innern eine Mehraus-
gabe von 225 000 M. entstehen. Unter Umständen werden auch
für die Kreisverwaltungen noch, wie ich glaube, aber nur geringe
Mehrausgaben entstehen; ich glaube aber, daß weder vom staats-
noch kreisfinanziellen Standpunkte Bedenken gegen die Vorlage ob-
walten.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn der Minister behauptet, daß er
ganz einverstanden sei mit der Stellung, welche Abg. v. Schor-
lemer-Misk dem Landrath geben oder vielmehr lassen will, so ist es
genau richtig, daß zu hören, aber daß die Thatsachen diese An-
schauungen des Ministers rechtfertigen, kann ich nicht finden. (Sehr
richtig! links.) In der Provinz Hannover ist mir nur ein einziger
Landrath bekannt, der nach der Art zugeschnitten ist, wie es Herr
v. Schorlemer will, alle anderen sind Bureaukraten. Am Rhein und in
Westfalen sind die Majorität der Landräthe ebenfalls Bureaukraten,
und ich bin überzeugt, daß auch in den alten Provinzen, der Wiege dieses
idealen Landraths, der bureaukratische Landrath sehr stark an-
gesprochen hat, die anderen zu verdrängen. Wenn es so fort geht,
so haben wir in 20 bis 30 Jahren nur noch in den Museen einen
solchen Landrath. (Seitert.) Es liegt klar auf der Hand, daß,
wenn sich die Geschäfte im Kreise so sehr vermehren, da ein Mann,
der außerdem noch sein Gut bewirtschaften soll, die Arbeit nicht
bewältigen kann, daß er dann vielleicht auch gar nicht
im Stande ist, alle die Gesetze kennen zu lernen, welche
er kennen soll, und diesen Wissen von Statistik zu er-
ledigen, welche jetzt vom Landrath verlangt wird. (Zustimmung.)
Und wenn es nicht gelingen wird, in den alten Provinzen das
Institut der Amtsvorsteher weiter zu entwickeln, so daß der Land-
rath entlastet wird, und wenn es nicht gelingt, der Regierung die
Ueberzeugung beizubringen, daß auch in den neuen Provinzen dieses
wesentlichste Institut der ganzen Verwaltungsorganisation herzu-
stellen ist, so wird es notwendig zu einer Konfusion kommen, die
nichts Anderes übrig läßt, als daß man zu einer bureaukratischen
Verwaltung kommen muß. Das ist der Kreislauf, der uns
immer mehr aus den guten patriarchalischen Verhältnissen heraus-
drängt. Der Minister hat gute Gründe, aber in der Praxis
findet sie nicht durchzuführen.

Minister v. Wittkauer: Abgesehen von dem politischen
Theil der Ausführungen des Vorredners gingen dieselben dahin,
daß er für die Vorlage sei. Wenn man aber hervorhebt, daß es
nötig sei, nur solche mit großem Verstand angelegene Landräthe zu
haben, die nicht allzu sehr mit Beschäftigungen belastet sind, so
folgt daraus die Nothwendigkeit, daß die Kreise, wenn sie zu groß
sind, zu theilen sind. — Dazu hat der Abg. Windthorst auch in
diesem Falle mit gegenüber die Politik verfolgt, aber die ich nicht
ichem oft bestraft habe. Er ignoriert einfach die von mir nach besten
Wissen dem Hause vorgeführten Thatsachen und stellt die nach
seinen Informationen entgegengesetzten als richtig auf. Ich
habe behauptet nicht nur, daß es mein Grundsatze sei, und daß ich mich
bemühe, alt angesehene Grundbesitzer zu Landräthen zu erneuern,
sondern ich habe auch behauptet und werde es näher begründen,
daß dieser Wunsch auch statthand. Seitdem ich im Amt bin, sind
131 Landrathsämter neu besetzt worden und nur in vier Fällen ist
da, wo die Kreistage ihr Vorschlagsrecht ausüben haben, eine Ver-
kürzung des Mandats nicht eingetreten. Abg. Windthorst hat

kann von einer Provinz sprechen, wo es ja richtig sein mag, daß
nach der neuen Kreisordnung nur ein eingesehener Grundbesitzer
zum Landrath ernannt worden ist und daß die übrigen Landraths-
ämter durch Berufsbeamte besetzt sind. Er hat aber zwei Thatsachen voll-
ständig außer Acht gelassen, erstens, daß in den allermeisten Fällen in
den betreffenden Kreisen keine repräsentationsfähigen Persönlich-
keiten vorhanden gewesen sind und die Kreistage ja in den meisten
Fällen auf ihren Vorschlag verzichteten, und zweitens, daß die
Kreistage fast ausnahmslos einstimmig sich für den Beamten er-
klärten, der vorher vom Minister des Innern mit der kommissari-
schen Verwaltung betraut war. Es ist das also ein Beweis dafür,
daß die Beamten nicht so geriet sind, daß sie sich bureaukratische
Hilfskräfte zu Schulden kommen ließen, sondern daß sie das Ver-
trauen der Kreise gewonnen haben. Aber auch in den übrigen
Theilen der westlichen Provinzen liegt die Sache eben so. Ich
verstehe mich auf Herrn von Schorlemer-Misk, ich verstehe mich
auf seinen Heimath, in Westfalen, bei jeder sich darbietenden
Gelegenheit darauf Bedacht genommen wird, angesehene
Grundbesitzer in die Kreisverwaltung hineinzubringen. Noch in den
letzten Tagen ist ein Kreis von einem Konfessionsgenossen des
Herrn von Schorlemer-Misk besetzt worden, welcher früher aus
anderen Gründen, die ich hier nicht aufzählen will, zur Disposition
gestellt worden war. In der Rheinprovinz ist es ebenso und be-
züglich der sächsischen Provinzen brauche ich nur an die Majorität
zu erinnern. Es ist immer nach dem Grundsatze verfahren worden,
daß die von den Kreistagen vorgeschlagenen Eingesehnen des
Kreises von Sr. Majestät bestätigt worden. Derartige Vor-
würfe, wie sie der Abgeordnete Windthorst heute wieder
ausgesprochen, müssen mich in der That verletzen, weil
es entweder richtig, was er sagt, daß ich Grundbesitzer
habe und sie nicht befolge, oder es ist richtig, was er mir auch schon
zum Vorwurf gemacht hat, daß ich die Verhältnisse nicht kenne, so
bin ich auch nicht fähig, Mißtrauen zu sein, das scheint mir die ganz
einfache Folgerung. Ich möchte den Abg. Windthorst bitten, seine
Behauptungen auf besseren Gründen und Thatsachen zu basiren und
nicht nur Vorwürfe zu wiederholen, die er zu beweisen nicht im
Stand ist. (Beifall rechts.)

Abg. Hue de Grais (freik.): Wenn der Herr Abg. Wind-
thorst behauptet, daß die große Mehrzahl der Landräthe noch
bureaukratisch sei, so kenne er sie nicht. Gegenüber dem Herrn
Abg. v. Schorlemer-Misk und ich mich verwahren, ich wäre für
den westfälischen Amtmann eingetreten. Es ist dies nicht der Fall.
Ich habe mich entschieden dagegen erklärt aus den Gründen, die
er selbst angeführt hat, daß der Landrath zwischen Bevölkerung und
Regierung stehen soll. Wenn ich mich für die Beibehaltung des Amt-
manns in der Kreisordnung ausgesprochen habe, so lag der Grund
darin, daß eine so wesentliche Veränderung nicht so gelegentlich
überhaupt erledigt werden sollte.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Misk: Ich begreife nicht, wes-
halb sich der Herr Minister gegen mich gewendet hat, denn das,
was er behauptet, hatte schon vorher der Abg. Graf Hue de Grais
gesagt. Der Herr Minister hat bezüglich seiner Grundsatze hin-
sichtlich der Besetzung der Landrathsämter ganz dieselben Ansichten
ausgesprochen, wie ich sie habe. Ich glaube, daß er da dieselben auf
Schwierigkeiten stößt, aber er leidet doch theilweise unter den Kon-
sequenzen und dem Mißtrauen der Vergangenheit, was seine Vor-
gänger veranlaßt haben. Dem Abg. Graf Hue de Grais ist eine
Veränderung bezüglich des Amtmanns in Westfalen nur deshalb
nicht angängig erschienen, weil er nicht so nebenbei dieses Miß-
verhältnis ändern wollte. Es ist aber bei der Kreisordnung für
Westfalen so viel Wesentliches in der Gemeindevertretung geändert
worden, daß jene Bedenken doch kein Hindernis bilden konnten.
Graf Hue de Grais ist so sehr der Wahl der Amtmannen entgegen-
getreten, daß er darin seine bureaukratische Gesinnung zum besten
Ausdruck gebracht hat.

Abg. Windthorst: Ich habe gegen die Vorlage gar nicht
sprechen wollen und auch mit keiner Silbe gesprochen, sondern aus-
drücklich gesagt, daß ich mich wegen der kommunikativen Verhältnisse
meines Urtheils noch enthalte. Ich habe nur darüber gesprochen
und bleibe dabei: Landräthe sollen nur aus Grundbesitzern ge-
nommen werden. Der Herr Minister hat sich damit leicht helfen
zu können geahnt, daß er sagte, es sind die Präsumtionen bestätigt
worden. Da muß ich ihm sagen, daß in meinem Wahlkreis ein
präsumierter Eingesehener nicht genommen worden, sondern einer
vom Rhein hergeholt worden ist. Und in Westfalen und Rhein-
land ist die große Majorität der Landräthe nicht aus den
Grundbesitzern, sondern aus den bureaukratischen Elementen
genommen worden. Dadurch will ich gar nichts Besseres
sagen, als ob ich einen Bureaukraten für etwas Schädliches
halte, sondern der bureaukratische Geist soll durch die Eigenschaft
des Grundbesitzes gewaschen werden, daß dieser mit seinen Leuten
sich freut und auch mit ihnen leidet. Einen Vorwurf, daß der
Herr Minister die Verhältnisse nicht kenne, habe ich nicht im Ent-
ferntesten erhoben, im Gegentheil weiß ich, daß er sie im Einzelnen
sehr genau kennt, aber ich bleibe dabei, der Landrath, welche ein-
gesehene Grundbesitzer in ihren Bezirken sind, sind wenige und
werden immer weniger werden.

Minister von Wittkauer: Ich meinerseits bleibe dabei, daß
die Zahl der grundbesitzenden Landräthe sich nicht vermindert,
sondern von Jahr zu Jahr wächst. Ueber die Grundbesitzerschaft
hat man mandatorisch sehr verschiedene Ansichten. Es ist richtig, der
jetzige Grundbesitzer, von dem der Herr Abg. Windthorst sprach,
ist Sr. Majestät nicht vorgeschlagen, sondern ein Berufsbeamter
vorgeschlagen worden. Der Grundbesitzer hatte allerdings eine
Stimme Majorität erlangt und hatte sich unmittelbar vorher mit
einem Grundstücke angekauft, welches 0,37 M. Grundsteuer
Reinertrag hat. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn Herr Windthorst
verlangt, daß die Grundbesitzenden für Landrathsämter im
Vordergrunde stehen sollen, so muß ich ihm sagen, ich kann es doch
nicht schaffen, wo sie nicht da sind. Wenn Grundbesitzende prä-
sumirt werden, werden sie Sr. Majestät vorgeschlagen, selbstverständ-
lich aber auch nicht ausnahmslos, sonst würde ich mich ja eventuell
flagranten Mißthäter verhehlen müssen. Vor allen Dingen muß ich
doch von der Qualifikation der Herren im Uebrigen überzeugt sein,
weil die Qualifikation fast überall vorhanden, so werden sie auch
Sr. Majestät vorgeschlagen. Treten Sie doch nicht fortwährend
diesen Unterschied zwischen Grund angelegenen Landräthen und Be-
rufsbeamten so breit, das ist mir geeignet, diese Schatten auf die
Thätigkeit der letzteren zu werfen. Haben Sie denn gezeigt, daß
Sie nicht mit den Interessen ihrer Kreiseingesehnen verfahren sind?
Solche grundsätzliche Unterschiede verursachen nur Mißstimmungen
und bringen Nachteile zu Wege.

Abg. Windthorst: Was den von mir erwähnten Fall betrifft,
so kenne ich den Umfang des Grundbesitzes des Betreffenden nicht,
ich weiß nur, daß er Grundbesitzer aus dem Bezirke, sowie daß er
mit mehr als einer Stimme Majorität gewählt war, und daß er
auch gewählt worden sein würde, wenn man nicht gerade den
Mann hätte haben wollen, den man vorher hingeschickt hatte.
Ueberhaupt besteht ja die Methode, daß man die jungen Regierungs-
affizien hinsichtlich, diese müssen ein Sabor da sein, dann haben sie an-
dereichende Gelegenheit, sich in irgend einer Weise Stimmen zu verschaffen.
In Rheinland und Westfalen ist diese Methode hinlänglich bekannt.
Im Uebrigen ist mir diese Debatte sehr erwünscht, weil sie die Auf-
merksamkeit im Lande auf die Sache richtet und die Kreistage
mit Befriedigung von den Grundsatzen des Ministers Kenntnis
nehmen werden. Ich werde mich freuen, wenn der Herr Minister
mehr und mehr diese Grundsatze zur Durchführung bringt.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage wird einer
Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.
Es folgt die erste Beratung der rheinischen Kreis- und
Provinzialordnung.

und Verlag der National-Zeitung Dr. K. Salomon in Berlin.